

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

FAÇONNER L'AVENIR

Die kommenden Wahlen entscheiden darüber, wie wir morgen leben. Ob wir weiter zögern – oder endlich handeln. Ob wir Probleme verwalten – oder Lösungen schaffen. Die letzten Jahre haben gezeigt, bürgerliche Politik bedeutet Stillstand: Abwarten statt Anpacken, Sparen statt Investieren, Verschieben statt Entscheiden. Doch Stillstand können wir uns nicht leisten – nicht beim Klima, nicht beim sozialen Zusammenhalt, nicht bei unserer Demokratie.

Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die hinschaut, zuhört und handelt. Für Klimaschutz, der nachhaltig und vernünftig ist. Für eine Wirtschaft, die innovativ ist und Verantwortung übernimmt. Für soziale Gerechtigkeit, gute Bildung, bezahlbares Wohnen und ein starkes Miteinander. Für saubere Energie, die unabhängig macht, und für eine Demokratie, die schützt und verbindet.

Weiter wie bisher ist keine Option. Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen Mut, Ehrlichkeit und den Willen zur Veränderung. Genau dafür stehen wir, und dafür setzen wir uns ein, und dafür brauchen wir euch alle.

Gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft

Wir brauchen Menschen, die sich engagieren, Menschen, die Flyer verteilen, Plakate aufhängen, Inhalte in den sozialen Netzwerken teilen, diskutieren. Wir wollen Hoffnung sichtbar machen.

Dès aujourd'hui, nos candidat-e-s au Grand Conseil porteront haut et fort nos couleurs et nos solutions. Ensemble, nous nous adresserons à la population afin d'inciter les gens à se rendre aux urnes, convaincre et faire voter VERT-E-S. Nous y arriverons et serons à la hauteur des enjeux car nous n'avons jamais été autant et pouvons profiter d'une grande diversité de profils et expériences.

Ensemble avec notre candidate au Conseil-exécutif Aline Trede, nous serons actifs et actives dans les rues, sur les places et sur les stands dans tout le canton de Berne. Nous affichons notre position et donnons du courage en ces temps souvent incertains. Nous montrons que la politique peut être meilleure – transparente, axée sur des solutions durables et



humaine. Chaque rencontre compte. Chaque voix compte. Ton engagement compte et nous en te remercions!

Es beginnt am 8. März mit dem Klimafonds

Noch vor den Wahlen steht am 8. März 2026 eine wichtige Abstimmung bevor. Da können wir beweisen, dass wir mit unserer Klimafonds-Initiative auf dem richtigen Weg sind. Diese Abstimmung wollen wir gewinnen, das Klima wieder in den Mittelpunkt der Prioritäten rücken und dann mit positiver Energie und Zuversicht den Endspurt der Wahlkampagne bestreiten. Zeigen wir, dass es sich lohnt für das Klima, den sozialen Zusammenhalt und demokratische Werte einzustehen. Für uns und künftige Generationen.

Wir freuen uns darauf, im kommenden Frühjahr gemeinsam mit euch diese wichtigen Kampagnen zu führen und 2026 den Kanton Bern grüner zu machen.

Gemeinsam. Wirksam. Grün.



Cyprien Louis,
coprésident des
VERT-E-S Canton de
Berne



Brigitte Hilty Haller,
Co-Präsidentin
GRÜNE Kanton Bern

REGIERUNGSRATSWAHLEN

MIT GESTALTUNGSWILLEN UND
KLAREN POSITIONEN WEITERKOMMEN

Bernhard Pulver,
Prof. Dr. iur.,
Regierungsrat GRÜNE
2006–2018

Was es braucht in der Regierung: Gestaltungswillen, klare Positionen ohne Scheuklappen und das Einbringen anderer, auch unkonventioneller Sichtweisen. All das kann Aline Trede. Sie gehört in den Regierungsrat. Gemeinsam mit dem rot-grünen Viererticket holen wir die Regierungsmehrheit im Kanton Bern zurück!

Wir wissen alle, wie wichtig es ist, in Diskussionen unsere grüne Sichtweise einzubringen, denn ohne sie werden Entscheide anders. Im Alltag der Führung einer Direktion zeigt sich das ganz besonders – in Tausenden von kleinen und grossen Entscheiden, die einen Politikbereich und eine Kultur prägen, braucht es unsere Stimme.

Entscheidend ist der Gestaltungswille

Besonders wichtig ist, als Regierungsmitglied wirklich gestalten zu wollen, Engagement zu zeigen, zuzuhören, zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen. Ich habe viel zu oft erlebt, wie Politiker*innen vor der Verantwortung zurückschrecken, die Verwaltung machen lassen und

nicht wirklich steuern. Deshalb ist so wichtig, wer in eine Regierung gewählt wird.

Klare Positionen ohne Ideologie oder Scheuklappen

Aline will gestalten, ist engagiert, hat Energie, kann zuhören und sie kann unideologisch Lösungen entwickeln. Sie ist eine kompetente und profilierte Bundesparlamentarierin – und nimmt als solche pointierte Positionen ein, um unserer Sichtweise Gehör zu verschaffen. Wer Aline im politischen Alltag, im Gespräch und im Hintergrund erlebt hat, weiss: Aline ist reif für ein Regierungsamt. Sie baut Brücken und findet Lösungen, welche die grünen Anliegen als Basis nehmen und zugleich andere Sichtweisen miteinbeziehen – klare Positionen ohne Ideologie oder Scheuklappen. Genau das braucht der Kanton Bern.

«zäme witercho»

In Zeiten, in denen Klimaschutz und Energiewende ignoriert werden, die Gesundheits- und die Sozialpolitik von Abbau und Ökonomisierung geprägt sind und die bürgerliche Mehrheit den fünften Regierungsratssitz anstrebt, ist klar: Damit der Kanton Bern eine soziale und klimafreundliche Politik führen kann, braucht es dringend einen Wechsel in der Regierungsmehrheit. Und diese holen wir uns gemeinsam mit der SP Kanton Bern zurück. Am 29. März braucht es jede Stimme für Aline Trede und das rot-grüne Viererticket!

Mehr zur Regierungsratskampagne auf
www.zaemewitercho.ch



GROSSER RAT

RÜCKBLICK AUF ERFOLGE



Christoph Grupp,
Grossrat,
Co-Fraktionspräsident

Mit dem Jahreswechsel lohnt sich nicht nur ein Blick auf die grünen Erfolge 2025, sondern es bietet sich auch ein Legislaturrückblick an, bevor es im neuen Jahr in die kantonalen Wahlen geht.

Die aktuelle Legislatur begann unter dem Motto einer Klimalegislatur, weil im März 2022 unter dem Einfluss von Klimastreiks und der Grünen Welle so viele GRÜNE in den Grossen Rat gewählt wurden wie noch nie. Der noch in der alten Legislatur angenommene Verfassungsartikel zum Klimaschutz sollte den Weg ebnen, um die Gesetze und vor allem die Aktionsprogramme des Kantons Bern konsequent auf das Ziel «Netto-Null bis 2050» auszurichten. Doch leider zeigte sich der bürgerlich dominierte Grosse Rat nicht sehr willig. Immerhin lancierte der Regierungsrat im Mai 2025 den Klima-Aktionsplan für die Gemeinden.

Zu den grünen Erfolgen gehörte im vergangenen Jahr die Annahme des kantonalen Energiegesetzes. Zwar kamen wir mit unserer Solar-Initiative nicht durch, doch dank der Annahme des Gegenvorschlags werden künftig alle Neubauten im Kanton Bern einen Anteil Solarstrom selber produzieren müssen. In die gleiche Richtung zielt

das im Sommer überwiesene Postulat Remund, womit das Potenzial von PV für die Fernwärme ausgelotet werden soll.

Im Sozialbereich konnten wir auch einiges erreichen, so etwa die Annahme der Motion de Meuron zur Bekämpfung von Kinderarmut. Bei der Revision des Sozialhilfegesetzes gelang es, den Selbstbehalt für die Gemeinden vorerst abzulehnen. A propos Gemeinden: In letzter Zeit kommt es vermehrt zu Eingriffen in die Gemeindeautonomie. Stichworte dazu sind Tempo 30, Ausgleich der Zentrumslasten oder öV-Linien, wo der Grosse Rat mehrmals Beschlüsse gegen (linke) Städte gefasst hat.

Ein Rückblick zum Politjahr 2025 muss sich auch mit dem Zustand der Politik befassen, die vor allem international vermehrt autokratischem und rechtspopulistischem Druck ausgesetzt ist. Inwiefern der Kanton Bern davon betroffen ist, soll ein Bericht klären, den der Regierungsrat aufgrund des Postulats Remund verfassen muss: Wie resilient ist die Demokratie im Kanton Bern?

Wir wollen auch in der Legislatur 2026–2029 mit einer starken Grünen Fraktion Akzente setzen für mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz in der Kantonalpolitik.

TOTALREVISION SOZIALHILFEGESETZ

SELBSTBEHALT MUSS GESTRICHEN WERDEN

In der 2. Lesung des Sozialhilfegesetzes in der Frühlingssession des Grossen Rats geht es primär noch um zwei wichtige Fragen: Wird der gefährliche Selbstbehalt für die Gemeinden gestrichen und werden tatsächlich substanzielle Verbesserungen für Kinder beschlossen?

Die aktuell laufende Sozialhilfegesetzrevision im Kanton Bern läuft in dieselbe Richtung, in die Regierungsrat Schnegg das ganze Sozialsystem zu drängen versucht: Ein «effizientes» System soll «Anreize» schaffen, damit Betroffene sich möglichst schnell wieder aus der Sozialhilfe ablösen. Das ist neoliberal und bedeutet so viel wie: Kontrolle und Sanktionen werden auf- und Leistungen abgebaut.

Der Regierungsrat schlägt in der Revision vor, einen sogenannten Selbstbehalt für Gemeinden einzuführen. Dieser würde dazu führen, dass Gemeinden mit hohen Sozialhilfekosten nach einem bestimmten Schlüssel verpflichtet werden, einen Teil der Kosten selbst zu tragen, anstatt dass sich alle Gemeinden zu gleichen Teilen an den Sozialhilfekosten beteiligen. Dies würde den Druck auf die Sozialdienste und die Sozialarbeiter*innen weiter erhöhen und den Spardruck auf Kosten der Betroffenen verschärfen.

Zweite Lesung wird entscheidend

In der ersten Lesung im Grossen Rat

in der Herbstsession wurden immerhin kleine Verbesserungen dieser problematischen Vorlage beschlossen. So hat das Parlament eine Bestimmung gestrichen, die massive Sozialhilfekürzungen ermöglicht hätte, wenn jemand in der Zeit vor dem Sozialhilfebezug auf Vermögen verzichtet hätte. Ein solcher Artikel hätte sehr viel Raum für willkürliche Kürzungen geboten und unnötigen administrativen Aufwand verursacht.

Beim Selbstbehalt hat der Grosse Rat in der 1. Lesung immerhin einer Rückweisung zugestimmt. Nun prüft die zuständige Kommission noch einmal, was der Selbstbehalt bringen würde. Es bleibt zu hoffen, dass der Grosse Rat in der zweiten Lesung in der Frühlingssession den unnötigen und schädlichen Selbstbehalt endgültig beendet.

Zudem berät die Kommission auch, wie die Leistungen für Kinder verbessert werden könnten. Verschiedene Studien zeigen, dass die Entwicklungschancen von Kindern, die mit Sozialhilfe aufwachsen, tiefer sind, als von anderen Kindern. Dies erhöht das Risiko, später selbst auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Hier ist der Handlungsbedarf gross.



Seraina Patzen,
Grossrätin, Bern



GRAND CHASSERAL: ÉLECTIONS CANTONALES ET RÉGIONALES 2026

OBJECTIFS GRAND CONSEIL ET
CONSEIL DU JURA BERNOIS

Tous les 4 ans, les élections frappent à nos portes. La situation est spéciale pour le Grand Chasseral car en plus des élections pour le Grand Conseil, nous avons les élections pour le Conseil du Jura bernois (CJB). Respectivement 12 et 24 sièges à repourvoir.

Nous avons réussi à réunir des candidates et candidats motivé-e-s, de tout horizon professionnel et de tout âge, sensibles à notre avenir.

Les enjeux du CJB

Le Grand Chasseral a besoin, à nos yeux, d'une attention particulière au niveau des transports publics, les CFF sont très souvent en retard, les infrastructures sont vieilles et le matériel roulant sera changé d'ici 2029 car le plus vieux de Suisse. Nos prio-

rités s'orientent également vers l'amélioration de la mobilité douce, la mise en valeur d'une agriculture durable, le maintien d'une formation de qualité et le développement des énergies renouvelables.

Bien sûr que le CJB n'est pas un véritable législatif au sens du Grand Conseil, mais son contact avec le Conseil-exécutif lors des séances annuelles avec les commissions ayant les mêmes attributions permettent de désamorcer ou d'aborder des thématiques

sensibles. Les compétences du CJB au niveau financier sont un élément spécifique à ce cénacle. Le CJB attribue des subventions pour le sport, le patrimoine et la culture et il a des liens spécifiques avec les cantons frontaliers et la France pour les projets Interreg, programme de l'union européenne. Nous avons donc l'avantage d'avoir un bel « outil de travail » pour défendre les intérêts de la minorité francophone et de toute la population du Grand Chasseral. Au Grand Conseil comme au CJB je m'implique à fond pour la sauvegarde de notre environnement. Et n'oubliez pas de voter les listes des VERT-E-S !



Moussia von Wattenwyl,
députée au Grand
Conseil et au CJB

JUNGE GRÜNE IN DEN GROSSEN RAT

FRISCHER WIND IN STÜRMISCHEN ZEITEN



Sophie Wernli,
Kandidatin
Grosser Rat,
Junge Grüne
Kanton Bern

Die Jungen Grünen Kanton Bern wollen mehr junge Menschen im Grossen Rat und setzen dabei auf die Themen Klima, Feminismus und die steigenden Lebenshaltungskosten.

Noch sind es einige Wochen bis zu den Wahlen und der Wahlkampf der Jungen Grünen Kanton Bern läuft auf Hochtouren. In den letzten Monaten wurde viel angepackt: Wir haben unsere Wahlkampfflyer gestaltet, viele Stunden über unsere Inhalte diskutiert und diverse Events geplant.

Gleichzeitig haben wir unsere Präsenz auf Social Media ausgebaut. Dafür wurden mehrere Videos gedreht, mit denen wir unsere Kandidat*innen und unsere Themen sichtbar gemacht haben. Uns war es wichtig, früh präsent zu sein, Position zu beziehen und politische Inhalte dort zu platzieren, wo viele junge Menschen unterwegs sind.

Inhaltlich setzen wir uns für eine Politik ein, die unsere Zukunft ernst nimmt und unsere Realität widerspiegelt. Dazu gehören konsequenter Klimaschutz, Gleichstellung und Feminismus, queere Rechte, bezahlbare Wohnungen und Krankenkassenprämien, nachhaltige und sozial gerechte Mobilität, Antirassismus sowie Bildung für alle – unabhängig von Herkunft und Einkommen. Diese Themen prägen unsere Arbeit und werden uns durch die gesamte Wahlkampagne begleiten.

Neben der inhaltlichen Arbeit entstehen derzeit auch verschiedene Aktionsideen, mit denen wir in den kommenden Wochen auf unsere Kampagne aufmerksam machen wollen.

Ausserdem setzen wir auf kreative und bunte Merchandising-Artikel. Mit Bierdeckeln wollen wir unseren Wahlkampf auch an die Beizen und Stammtische bringen, diverse Sticker-Sets sorgen dafür, dass unsere Anliegen in den Köpfen der Menschen bleiben und mit unseren T-Shirts wollen wir Farbe auf der Strasse zeigen. All diese Artikel sind übrigens auf unserer Website verfügbar.

Während der heissen Phase des Wahlkampfes müssen wir anpacken und bei unseren diversen Events wie Pub-Quiz, Standaktionen und Kneipen-Touren mit den Menschen ins Gespräch kommen und sie von unseren Inhalten überzeugen. Wir freuen uns auf die nächsten Schritte – und darauf, in den kommenden Monaten sichtbar, laut und engagiert für eine solidarische, ökologische und gerechte Politik einzustehen.

Wir sind bereit und motiviert, während der entscheidenden Phase vor den Wahlen alles zu geben!



BÜRGERLICHE SICHERHEITSPOLITIK GEGEN FRAUEN



Elia Gerber,
Vorstandsmitglied
Junge Grüne
Kanton Bern

Momentan wird politisch viel über Sicherheit gesprochen. Doch der Begriff wird auffallend eindimensional verwendet. Sicherheit bedeutet für die Bürgerlichen vor allem militärische Aufrüstung und Grenzschutz, statt den Schutz von Menschen ins Zentrum zu stellen.

Diese Prioritätensetzung zeigt sich deutlich in konkreten politischen Vorstössen. Die Bürgerlichen wollten im Budget die Mittel für die Prävention von häuslicher Gewalt streichen. Dabei ist diese Gewalt eine der häufigsten Bedrohungen für die Sicherheit von Frauen und queeren Menschen. Gleichzeitig forderte SVP-Ständerat Werner Salzmann die Heimabgabe von Taschenmunition an Soldaten, um angeblich «den Wehrwillen zu stärken». Im Bereich der häuslichen Gewalt geht die grösste Gefahr jedoch

genau von Männern mit Schusswaffen aus. Die Heimabgabe von Munition bedeutet also für niemanden mehr Sicherheit, sondern erhöht das Risiko von Femiziden. Die Bürgerlichen entlarven damit, worum es in ihrer Sicherheitspolitik wirklich geht: um die Militarisierung der Gesellschaft und die Profite der Rüstungsindustrie, nicht um den Schutz von Menschen.

Wir Jungen Grünen setzen dem ein anderes Sicherheitsverständnis entgegen, eines, das Sicherheit sozial, ökologisch und feministisch denkt. Wir setzen uns ein für Gewaltprävention, soziale Absicherung und den Schutz von marginalisierten Menschen. Denn echte Sicherheit entsteht nur, wenn alle Menschen frei von Gewalt, Diskriminierung und Existenzangst leben können – in einer solidarischen Gesellschaft, die Mensch und Umwelt schützt.

STARKE SCHULEN IM OBERAARGAU

GEMEINSAME INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

Bildung ist ein Menschenrecht und zugleich eine der wichtigsten Ressourcen unserer Gesellschaft. Eine gute, solide und umfassende Bildung ist für die Entwicklung des heranwachsenden Menschen sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unerlässlich. Dazu sind starke Schulen nötig.

Den frühkindlichen Angeboten kommt dabei eine ausserordentlich wichtige Bedeutung zu: Werden basale Fähigkeiten kleiner Kinder nicht gefördert, stehen sie später in der Schule immer wieder vor kaum überwindbaren Hindernissen. Genau dort setzt eine wirksame besondere Förderung an.

Chancen für alle

Wir GRÜNEN setzen uns für ein Bildungssystem ein, das für alle zugänglich ist – unabhängig von sozialer Herkunft, wirtschaftlicher Stellung oder Aufenthaltsstatus. Dazu zwingend nötig: Mehr Ressourcen für Lehrpersonen, kleinere Klassen, zusätzliche sonderpädagogische Unterstützung und eine vorausschauende Schulraumplanung im Oberraargau.

Kompetenz fürs Leben

Bildung umfasst weit mehr als Lesen, Schreiben und Rechnen. Heranwachsende sollen in ihren personalen, sozialen und methodischen Kompetenzen gestärkt werden: Kritisches Denken, Medienkompetenz, Teamfähigkeit und

Selbstregulation sind Kernaufgaben moderner Bildung. Diese überfachlichen Kompetenzen bereiten junge Menschen auf eine digitale, pluralistische und ökologisch herausfordernde Welt vor.

Das volle Programm

Die Schule hat einen ganzheitlichen Auftrag. Lehrpersonen vermitteln Fachwissen, fördern soziale Kompetenzen, Resilienz und eine demokratische Haltung. Damit sie diese Aufgabe erfüllen können, braucht es Teamteaching-Stunden, qualifiziertes Personal, faire Löhne und kontinuierliche Fortbildung. Ebenso wichtig für die individuelle Förderung und Prävention ist die enge Vernetzung von Schule, Tagesschule, Beratungsstellen, Vereinen und Familien.

Fit für die Zukunft

Die GRÜNEN investieren konsequent in Menschen, nicht in kurzfristige Übergangslösungen. Für eine Schule, die trägt, fördert und verbindet – damit unsere Region eine starke, solidarische und nachhaltige Bildungszukunft hat.



*Regula Nydegger,
Schulische Heilpädagogin, Kandidatin
Grossratswahlen
Oberraargau*

LEBENSMITTELSCHUTZ-INITIATIVE

TROTZ MORATORIUM NÖTIG

Seit Jahrzehnten wird an gentechnischen Verfahren geforscht, die Auswirkungen sind aber weiterhin grösstenteils unbekannt. Genetisch veränderte Pflanzen und Tiere können eine Gefahr sein für Mensch und Umwelt, das gilt auch für die «neuen» Methoden wie die Genschere. Deshalb müssen unsere Gesetze streng bleiben.

Das nationale Parlament hat schon im Juni 2025 der Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums bis 2030 zugestimmt. Jedoch wollen die Befürworter neue Technologien wie die Genschere vom Gesetz ausnehmen. Seit 2012 wird diese neue Methode der Gentechnik erprobt, ohne grössere Erfolge zu erzielen. Im Gegenteil, auch hier gibt es viele unkontrollierbare Vorgänge wie bei der herkömmlichen Gentechnik, die einfach noch etwas brachialer vorgeht. In der EU fällt die Genschere seit einem Entscheid des Europäischen Gerichtshofs von 2018 auch unter das strenge EU-Gentechnikrecht; doch auch dort gibt es politische Bestrebungen, diese neuen Technologien vom Gesetz auszuschliessen.

**Im Gesetz verankern**

Die Lebensmittelschutz-Initiative will nun klar ins Gesetz schreiben, dass auch die neuen genomischen Techniken gentechnische Methoden sind und deshalb die Forschung nur unter strengen Auflagen erfolgen darf.

Auch verlangt die Initiative Schutz der gentechnikfreien Produktion durch Koexistenz-Regeln und Haftungsregelungen. Die Kennzeichnung von GVO-Produkten soll vorgeschrieben werden. Zusätzlich verlangt die Initiative den Schutz von Patenten bei normalen Pflanzenzüchtungen.

Hinter der Initiative steht eine breite Allianz aus aktuell 52 (!) Organisationen, vom Verein für gentechnikfreie Lebensmittel bis Bio Suisse. Die GRÜNEN werden ihre Parole fassen, wenn der parlamentarische Fahrplan feststeht. Für die Bauern und speziell die Biobauern ist die Lebensmittelschutz-Initiative essenziell, damit sie weiterhin gesunde und garantiert GVO-freie Produkte herstellen können.



*Bruno Aebi,
Bio-Landwirt,
Kandidat
Grossratswahlen
Emmental*

Jetzt Lebensmittelschutz-Initiative unterschreiben und zurücksenden!

Signez maintenant l'initiative pour la protection des aliments!

Unterschriftenbogen downloaden: www.lebensmittelschutz.ch

Télécharger la feuille de signatures: www.protection-des-aliments.ch

DER GEIST VON 1986

DIE GFL ALS STACHEL IM «GEMÜSE» DER MACHT



Michael Ruefer,
Spitzenkandidat
Grossratswahlen,
GFL Bern

Wer weiss noch, was die kantonalen Wahlen vor exakt 40 Jahren geprägt hat? Es war die Finanzaffäre, die der Finanzrevisor Rudolf Hafner, Mitglied der Freien Liste, losgetreten hatte und die das bisherige Berner Machtkartell in seinen Grundfesten erschütterte.

Die Wahlen 1986 markierten die Sternstunde der Freien Liste, die in der Stadt später zusammen mit dem Jungen Bern und dem LdU in der GFL aufging: auf Anhieb 11 Sitze im Grossen Rat, die Eroberung zweier

Regierungsratssitze mit Leni Robert und Benjamin Hofstetter und damit erstmals eine RGM-Mehrheit in der Exekutive. Die Wahl 1986 ging in die Berner Geschichtsbücher ein.

Die Vorzeichen der Wahlen am 29. März 2026 sind definitiv anders als vor 40 Jahren. Und doch: In der GFL steckt weiterhin viel Geist der Freien Liste – inwiefern?

Die DNA der GFL: Wir sind unbequem. In der Stadt stellen wir Fragen, wenn der Umbau der Ka-We-De plötzlich exorbitant mehr kostet. Wir versuchen, privaten Bauherrschaften

Leni Robert und Benjamin Hofstetter 1986 nach ihrer sensationellen Wahl in den Berner Regierungsrat als Vertreter*innen der Freien Liste.



Zugeständnisse abzurufen, wenn sie zu sehr auf Kirschlorbeer setzen. Wir haken nach, wenn Armutsbetroffenen überrissene Heizkostenabrechnungen aufgebrummt werden.

GFL – die Unbequeme

Die GFL will unbequem bleiben gegenüber den «Machthaber*innen», so wie es ihre Ursprungsbewegungen – das Junge Bern und die Freie Liste – waren. Wenn unbedachte Aussagen fallen à la «Diese Lösung ist alternativlos», gehen bei uns die Alarmglocken los. Eine Verwaltung, die sich hinter Floskeln versteckt oder allen gefallen will, stösst bei uns auf wenig Resonanz.

Diese kritisch-differenzierte Haltung wollen wir auch in der Legislatur 2026-2030 mit unserer bisherigen Vertretung – Brigitte Hilty Haller und Manuel C. Widmer – in die kantonale Politik einbringen.

VIELFACHES GLÜCK

POLITOLOGIN JELENA FILIPOVIC IST HÖCHSTE BERNERIN



Franziska Geiser,
Stadträtin,
Co-Fraktions-
präsidentin GB/JA!

2026 präsidiert die GB-Stadträtin Jelena Filipovic (33) den Stadtrat, ist höchste Bernerin und repräsentiert auch grüne Politik. Ein Glücksfall für die GRÜNEN – aus vielen Gründen.



Ein Grund ist identitätspolitisch. Aufgewachsen in Aleksandrovac als Tochter eines serbischen Saisonniers, einige Jahre nach der Mutter in die Schweiz gezogen, politisiert über feministische und klimapolitische Themen: Eine junge, migrantische feministische Klimaaktivistin, wie es sie bei den GRÜNEN noch zu wenige gibt. Hoffentlich findet Jelena bald Nachahmerinnen!

Ein anderer ist politisch: Bevor Jelena Stadträtin wurde, war sie aktiv im Klimastreik und im Frauen*streik-Kollektiv Bern, sie co-präsidiert bis heute den Verein «Landwirtschaft mit Zukunft». Je-

Die Berner Stadtratspräsidentin 2026



Jelena schlägt die Brücke zwischen ausserparlamentarischen Bewegungen und Parlamentsarbeit. Für die GRÜNEN ist die Verankerung in der Basisbewegungen Teil der DNA.

Ein weiterer hat mit Vernetzung zu tun: Jelena ist Co-Präsidentin des VCS, arbeitet als Bereichsleiterin Kommunikation und Kampagnen bei den GRÜNEN Schweiz, vertritt das GB im Berner Stadtrat und ist somit einzigartig vernetzt – lokal wie national.

Ein Grund ist persönlicher Natur: Jelena ist wunderbar; warmherzig und entschlossen. Sie vertritt klima- und sozialpolitische Anliegen mit unglaublicher Überzeugungskraft und findet hoffentlich auch darin Nachahmer*innen.

Noch einer: Jelenas Jahresthema heisst «Caring Cities». Was brauchen wir mehr als Fürsorge und Solidarität als Antwort auf das kalte kapitalistische Wirtschaftssystem!

KLIMAFONDS-INITIATIVE

GEMEINSAM DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Die grösste Herausforderung unserer Zeit ist die Bewältigung des Klimawandels: Wir müssen die Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen vorausschauend gestalten. Der Klimafonds stellt die nötigen Mittel bereit, um diesen Transformationsprozess nachhaltig und sozial zu finanzieren.



Kilian Baumann,
Nationalrat



Die Schweiz hat schon viele grosse Herausforderungen mit einem gemeinschaftlichen Effort gemeistert. Der Ausbau der Bahninfrastruktur von der Gründung der SBB bis zur NEAT oder die Einführung der AHV – immer wieder wurde vorausschauend in die Zukunft investiert. Von diesen Investitionen unserer Eltern und Grosseltern profitieren wir noch heute und betrachten sie

ist wieder die gleiche: vorausschauend die Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen zu gestalten.

Investitionen für eine klimaneutrale Schweiz

Um dem Klimawandel zu begegnen, braucht es grosse Investitionen. Mit dem Klimafonds stellen wir die Mittel bereit, die für diesen Jahrhundertumbau der Schweiz nötig sind. Mit der Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft wird der CO₂-Ausstoss soweit möglich gesenkt. Gleichzeitig wird mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Förderung der Energieeffizienz die Energiewende vorangetrieben und die Versorgungssicherheit gestärkt. Um diesen Transformationsprozess sozial abzufedern, stellt der Klimafonds auch die finanziellen Mittel für die nötigen Aus- und Weiterbildungen sowie für einen Einkommensausgleich während der Ausbildungszeit bereit. So stellen wir sicher, dass in diesem Prozess alle mitgenommen werden und die nötigen Fachkräfte für den ökologischen Umbau der Schweiz zur Verfügung stehen. Der Klimafonds finanziert diese ökologische Transformation, damit die nachfolgenden Generationen unseren Effort auch ganz selbstverständlich als Grundlage ihres Wohlstandes betrachten können.

ganz selbstverständlich als Teil dessen, was die Schweiz in ihrem Kern ausmacht. Die grösste Herausforderung unserer Generation ist der Klimawandel und unsere Aufgabe

AGENDA

21.02.2026: Wahl-Lotto der GRÜNEN Thurnen, 16.00-18.00 Uhr, Café-Treff, Bahnhofstrasse 27, Mühlethurnen. Weitere Infos auf www.gruene-thurnen.ch.

25.02.2026: Schweizer Gletscherlandschaften im Klimawandel – GRÜNE Heimberg. Vortrag von Andreas Wipf und Samuel Nussbaumer, 19.30-21.30 Uhr, Aula Heimberg. Infos siehe www.gruene-thun.ch/heimberg.

28.02.2026: Tour de Berne avec nos candidat-e-s pour le Conseil-exécutif: 09h00-10h00 à Tramelan, 10h30-11h30 à St-Imier, 12h00-13h00 à Biel/Bienne. Infos: www.vertsberne.ch

04.03.2026: Rathausführung mit Anna de Quervain, Treffpunkt 17.30 Uhr vor dem Rathaus Bern. Teilnehmer*innenzahl beschränkt, Anmeldung an anna.dequervain@gruenebern.ch.

07.03.2026: Tour de Berne mit unseren Regierungsratskandidat*innen: 09.00-10.00 Uhr in Interlaken, 10.30-11.30 Uhr in Spiez, 12.00-13.00 Uhr in Thun. Infos: www.gruenebern.ch

13.03.2026: Wahllokal – Mensch, Politik, Kultur. Podium mit den rot-grünen Regierungsratskandidat*innen – GRÜNE Stadt Thun, 19.30 Uhr, Lady Evelyn, Halle 6, Scheibenstrasse 6, 3600 Thun.

14.03.2026: Tour de Berne mit unseren Regierungsratskandidat*innen: 09.00-10.00 Uhr in Zollikofen, 10.30-12.30 Uhr in Bern, Innenstadt, 12.45-14.00 Uhr in Köniz. Infos: www.gruenebern.ch

14.03.2026: Workshop zum Thema Wassernutzung im Emmental – GRÜNE Burgdorf, Treffpunkt 14.00 Uhr im Schloss-

hof, Schloss Burgdorf. Teilnehmer*innenzahl beschränkt, Anmeldung an anna.dequervain@gruenebern.ch.

14.03.2026: DayDance – GRÜNE Region Thun, ab 16.30 Uhr, Café Bälliz, Waisenhausplatz, Thun.

18.03.2026: Vortrag zum Thema Food Waste – GRÜNE Region Langnau, 19.30-21.30 Uhr, Freizeitstätte Langnau, Ilfis 106, Langnau i.E.

21.03.2026: Tour de Berne mit unseren Regierungsratskandidat*innen: 09.15-11.15 Uhr in Langenthal, 11.45-12.45 Uhr in Burgdorf. Infos: www.gruenebern.ch

21.03.2026: Waldführung mit dem Revierförster Simon Rieben, ab 14.00 Uhr, Burgdorf (genauer Treffpunkt wird auf der Seite www.gruene-emmental.ch publiziert).

INDIVIDUALBESTEUERUNG

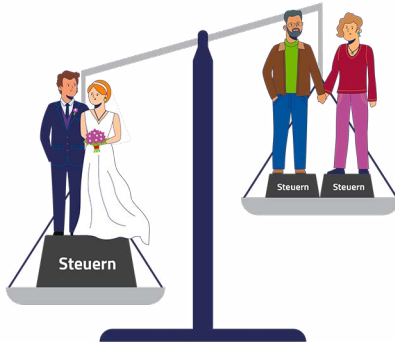
STEUERLICHE GLEICHSTELLUNG WIRD ENDLICH REALITÄT



Aline Trede,
Nationalrätin,
Regierungsrats-
kandidatin

Die Individualbesteuerung kann endlich eingeführt werden. Bei einem Ja der Bevölkerung am 8. März werden künftig alle Personen steuerlich gleich behandelt, unabhängig vom Zivilstand.

Bereits vor 40 Jahren hat das Bundesgericht entschieden, dass die steuerliche Diskriminierung von Ehepaaren, die sogenannte «Heiratsstrafe», abgeschafft werden muss. Mit der im Juni 2025 verabschiedeten Individualbesteuerung – einem Kompromiss von Bundesrat und Parlament – gibt es nun endlich eine zeitgemässe Lösung. Erwerbsarbeit soll sich für alle lohnen. Das ist ein längst überfälliger Schritt für die Gleichstellung. Die GRÜNEN haben sich in der parlamentarischen Debatte fundiert eingebracht und waren an dieser guten Lösung stark beteiligt.



Konservative Kantone sowie die beiden konservativen Parteien SVP und Die Mitte, haben das Referendum ergriffen, somit wird die Bevölkerung am 8. März 2026 darüber befinden.

Der lange Weg der finanziellen Gleichstellung

Die Individualbesteuerung ist ein weiterer, lange erwarteter Schritt, in Richtung finanzieller Gleichstellung. 1988 wurde das neue Eherecht eingeführt. Ab dann durften Frauen arbeiten und ein Bankkonto ohne die Zustimmung ihres Mannes eröffnen. Ja, erst 1988. Es dauerte fast weitere 40 Jahre, bis die Gleichstellung auch bei den Steuern eingeführt wird. Denn der Zivilstand einer Person sollte keinen Unterschied machen, ob sie mehr oder weniger Steuern bezahlt.

Nun haben wir die Chance, am internationalen Tag der Frau einen weiteren Schritt in Richtung wahrer Gleichstellung zu machen.

ANGRIFF AUF DIE MEDIENVIELFALT

NEIN ZUR ZERSTÖRERISCHEN SRG-INITIATIVE



Christine Badertscher,
Nationalrätin

Die Halbierungsinitiative würde der SRG einen grossen Teil ihres Budgets entziehen – mit gravierenden Folgen für Medienvielfalt, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz.

Die massive Kürzung würde das Angebot der SRG massiv schwächen. Redaktionen müssten zentralisiert werden, lokale Berichterstattungen würden weiter verschwinden. Dabei ist regionale Medienvielfalt ein zentrales Element der direkten Demokratie. Die SRG stellt sicher, dass unterschiedliche Perspektiven allen zugänglich sind. Wird sie kaputtgespart, ist dieser Verlust kaum rückgängig zu machen.



PAROLEN

Der Vorstand der GRÜNEN Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmungen vom 8. März 2026 (siehe auf www.gruenebern.ch für mehr Informationen):

National

■ Vorlagen zur Bargeldversorgung:

- Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen und Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» – NEIN
- Direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung – JA
- Stichfrage – DIREKTER GEGENENTWURF

■ Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» – NEIN

■ Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» – JA

■ Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung – JA

Gerade in Zeiten von Fake News und Desinformation ist eine starke SRG unverzichtbar. Autokratische Länder verfolgen ein aktives Interesse, westliche Länder mittels Desinformationskampagnen zu destabilisieren. Die Schweiz ist mit ihrem Bekenntnis zum Völkerrecht und zur Demokratie zunehmend ein Ziel von Beeinflussungsaktivitäten.

Mit neuen Technologien wie KI wird die Manipulation von Inhalten weiter zunehmen. Umso wichtiger sind verlässliche Informationen und eine medienkompetente Bevölkerung. Die SRG leistet dabei wertvolle Arbeit, besonders für junge Menschen.

Wer verhindern will, dass ausländische Akteure Einfluss auf die politische Meinungsbildung nehmen, darf nicht ausgerechnet jene schwächen, die davor schützen. Eine starke SRG informiert, stärkt die demokratische Teilhabe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. 200 Franken reichen dafür nicht. Deshalb müssen wir die Halbierungsinitiative unbedingt ablehnen.